

# N<sup>o</sup> 6. Streiflichter

auf die  
materiellen Zustände und Bestrebungen in  
Deutschland.

Herausgegeben von Dr. J. C. Glafer.

Erscheint  
wöchentlich ein Mal. — Preis  
der Nummer 2 Kreuzer.

Zu haben:  
Frankfurt in C. Naumann's Druckerei.  
Berlin bei Louis Hirschfeld, Zimmerstraße Nr. 4.

## Die österreichische Frage.

Durch den Eintritt des Herrn von Gager in das Ministerium und durch die entschiedene Stellung, welche dasselbe in dem veröffentlichten Programm in der deutschen Sache eingenommen hat, ist auch die materielle Frage mit in den Vordergrund der Bewegung gestellt worden und scheint in einer Weise ausgebeutet werden zu sollen, welche keineswegs im Interesse der Freiheit und des Wohlstandes, wohl aber im Interesse der politischen Parteibestrebungen liegt.

Diejenigen nämlich, welche den Schutz für die Entwicklung der vaterländischen Arbeitskräfte verlangen, hatten an den Vertretern des österreichischen Volksstammes natürliche Bundesgenossen und konnten daher einer Entscheidung der Tarifrfrage mit Ruhe entgegen sehen. Durch das Ministerprogramm soll nun aber, urtheilt man, diese Bundesgenossenschaft zerstört und für Einrichtungen eine Grundlage gewonnen werden, welche den vorzüglich im Norden begünstigten Freihandelsbestrebungen ein Uebergewicht für die ganze Zukunft sichern.

Es war natürlich, daß diese Besorgniß sogleich auftauchte, und es ist eben so natürlich, daß man dieselbe bei der Entscheidung dieser deutschen Lebensfrage geltend machen wird. Es ist daher nothwendig, dieselbe auch von diesem Gesichtspunkte aus zu beleuchten.

Es ist nicht zu leugnen, daß die handelspolitische Einheit Deutschlands, wenigstens insofern es sich um die Ausöhnung der entgegen-



stehenden Parteien handelt, leichter hätte zu Stande gebracht werden können, wenn die deutschen Länder österreichischen Antheils mit in den Bundesstaat aufgenommen worden wären, als es ohne dies möglich ist, obgleich nicht verhehlt werden darf, daß auch dadurch wieder keineswegs leicht zu beseitigende Schwierigkeiten herbeigeführt worden wären. Kann aber daraus folgen, daß, wenn Oesterreich nicht in den Bundesstaat tritt, diese Einheit nicht bewirkt werden könne? Wir müssen gestehen, diese Consequenz nicht zu begreifen.

Nach dem ministeriellen Programm soll „Oesterreichs Unions-Verhältniß zu Deutschland mittelst einer besonderen Unionsnote geordnet, und darin alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfnisse nach Möglichkeit befriedigt werden, welche Deutschland von jeher mit Oesterreich verbunden haben und in gesteigertem Maße verbinden können.“

Oesterreich soll demnach auch in materieller Beziehung in ein engeres Bündniß mit Deutschland gebracht werden, als es bisher der Fall war. So viel Einsicht dürfen wir aber gewiß dem Ministerium zutrauen, daß es nicht verkennen wird, daß die entgegengesetzten handelspolitischen Bestrebungen des Nordens und Südens sich um so leichter werden ausgleichen lassen, als es ihm gelingt, Deutschland mit Oesterreich in materieller Beziehung mehr zu einigen; denn der Norden wird um so weniger den Forderungen des Südens widerstreben, je größer das Marktgebiet ist, welches seinem Handel durch die Neugestaltung der Verhältnisse geboten wird. Ein enges Handelsbündniß mit Oesterreich liegt so sehr im Interesse von ganz Deutschland, daß kein Ministerium, weder das gegenwärtige, welches zunächst für das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich die Grundlage gewinnen will, noch irgend ein späteres, welches auf dieser Grundlage weiter zu bauen hat, diesen Gesichtspunkt je aus den Augen verlieren kann oder darf.

Niemand wird nun aber leugnen wollen, daß die Einheit der materiellen Interessen zwischen Deutschland und Oesterreich auch vollkommen bewirkt werden kann, wenn auch Oesterreich nicht in den Bundesstaat in der Weise eintritt, wie die übrigen deutschen Staaten. Haben ja doch die meisten deutschen Staaten lange Zeit einen Handelsbund (den Zollverein) gebildet, ohne zugleich Glieder eines Bun-



desstaates zu seyn. Sollte nun nicht auch zwischen Deutschland und Oesterreich ein ähnlicher Bund geschlossen werden können?

Dieselben Vortheile, welche Deutschland in materieller Beziehung erlangt hätte, wenn Oesterreich mit in den Bundesstaat getreten wäre, können ihm auch zu Theil werden, ohne daß Oesterreich in dieses Verhältniß tritt, und es ist daher die materielle Frage kein Hinderniß, daß sich Deutschland zu einem bundesstaatlichen Ganzen gestalte, ohne daß Oesterreich ein Glied desselben bilde. Es ist folglich auch ungehörig, diese Frage als ein Moment bei der Entscheidung der großen Lebensfrage Deutschlands geltend machen zu wollen.

Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite, welche man nicht unerwogen lassen darf. Wie nun, wenn es gelänge, durch die Bewegung aller Mittel die von dem neuen Ministerium angestrebte Ausgleichung zu beseitigen? Würde man dadurch eine bundesstaatliche Verbindung mit Oesterreich herbeigeführt haben? Doch wohl nicht; denn weder das österreichische Volk, noch die österreichische Regierung will eine solche, und die Herren Abgeordneten aus Oesterreich selbst, welche jetzt alle Mittel aufbieten, um den im Ministerprogramm angedeuteten Weg der Unterhandlung zu beseitigen, haben sie nicht noch vor ganz kurzer Zeit selbst gerufen: „Wenn ihr Oesterreich wollt, müßt ihr es mit Gewalt der Waffen nehmen.“ Die consequente Politik dieser Herren! Erst schreien sie dagegen, daß man Oesterreich wie einen jeden andern deutschen Staat behandeln will; nun man ihren Wünschen nachkommt und mit Oesterreich über das Verhältniß, in welchem es zu Deutschland stehen soll, in einer andern Weise unterhandeln will, nun sind sie ebenfalls dagegen! Es gibt freilich noch ein Mittel, Oesterreich und die übrigen deutschen Staaten auf gleichem Fuße zu behandeln, nämlich die Wiederherstellung des alten Staatenbundes und die Wiedereinsetzung des Bundestags vielleicht in einer etwas verbesserten Gestalt. Das deutsche Volk wird sich aber bei seinen Vertretern gehorsamst bedanken, daß sie durch ihre politischen Reigungen und Abneigungen seine Freiheit und seinen Wohlstand einer Phantasie opfern wollen.

Freilich, wenn man Oesterreich wider seinen Willen in einer exceptionellen Weise behandeln wollte, wenn Oesterreich in den Bundesstaat eintreten und das Ministerium diesen Eintritt verweigern wollte, dann ließe sich die Art, wie man das Programm aufgenommen hat,



begreifen und rechtfertigen. Wie aber die Sachen liegen, bei der offenbaren und allgemein kundgegebenen Abneigung des österreichischen Volkes und seiner Regierung, mit Deutschland sich zu einem geschlossenen Gesamtstaate zu verbinden, läßt sich wohl einsehen, wie das Programm als ein zündender Blitz in manchem Strohdach Feuer anfachen konnte, nicht aber, wie ruhige und besonnene Männer in der von dem Ministerium vorgeschlagenen Politik etwas anderes als die nothwendige Anerkennung von Thatfachen, einen natürlichen Gang der Entwicklung finden können.

Wie oft ist seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung die Achtung vor dem Willen des Volkes gefordert worden. Nun macht das Ministerium Anstalt, diesen Willen zu achten, es will die Wege bahnen, damit diejenigen deutschen Volksstämme, welche zu einem Gesamtstaate verbunden seyn wollen, zu einem solchen verbunden werden können; diejenigen dagegen, welche nur ein loseres Verhältniß wünschen, auch in diesem ihrem Wunsche befriedigt werden; nun aber soll auf einmal der Volkswille nicht mehr geachtet werden. Kann hieraus etwas anderes folgen, als daß man den Volkswillen nur als Vorwand gebraucht, um andere Zwecke zu erreichen, welche nicht der Wille des Volkes sind? Die Herren verstehen freilich unter Volkswillen ihren eigenen Willen, und da kann es denn allerdings nicht fehlen, daß eine gute Harmonie herauskommt.

Nehmen wir aber an, es gelänge, die Vereinbarung, welche das Ministerium anstrebt, zu verhindern, würde man dadurch das materielle Interesse des deutschen Volkes fördern? Würde man dann auch nun das gewünschte Ziel, an den Oesterreichern Bundesgenossen, den Freihändlern gegenüber, zu haben, wirklich erreichen? Offenbar nicht, denn Oesterreich will ja doch einmal nicht mit dem übrigen Deutschland in ein bundesstaatliches Verhältniß treten, es will seinen Weg für sich verfolgen. Durch welche Mittel soll es denn gezwungen werden, dennoch als ein Schutz gegen die Freihandelsbestrebungen zu dienen? Sicher aber ist, daß wenn man verhindert, daß Deutschland auf dem Wege geeinigt werde, welcher durch die Verhältnisse geboten ist, die Einführung derjenigen Maßregeln, welche dazu dienen, die materiellen Verhältnisse zu ordnen, noch auf eine lange Zeit hinausgeschoben werden muß, wenn es überhaupt dann noch möglich seyn wird, sie so vollständig einzuführen. Ist die Arbeitsnoth und



das Elend unter dem Volke noch nicht groß genug, daß man sich zu solchen Schritten verleiten läßt? Selbst wenn noch Hoffnung wäre, das Unwahrscheinliche zu bewirken, nämlich Oesterreich mit Deutschland bundesstaatlich zu vereinigen, wäre es nicht ein zu gewagtes Spiel, den ganzen Wohlstand des Volkes einzusetzen, um einen Gewinn zu ziehen, welcher ohne dieses Wagniß auf eine viel gewissere Weise erreicht werden kann? In der von dem Ministerium vorgeschlagenen Weise kann sich das Volk aller Vortheile theilhaftig machen, welche ein Bundesstaat der Freiheit und dem Wohlstande bieten und zugleich in Bezug auf die materiellen Verhältnisse mit Oesterreich in ein Bündniß treten, welches eben so durchgreifend ist, als ob Oesterreich mit in diesen Bund gehörte; durch die entgegengesetzte Politik wird das Eine wie das Andere auf's Spiel gesetzt, kann es da ein Zweifel seyn, auf welche Seite man sich zu schlagen hat, um das materielle Wohl des Volkes zu fördern?

Welche Gründe man daher auch haben mag, die von dem Ministerium vorgeschlagene Vereinbarung zu mißbilligen, die materiellen Interessen können nicht zur Verstärkung derselben gebraucht werden; im Gegentheil fordert vielmehr die Rücksicht auf das materielle Wohl gerade umgekehrt, daß man das Ministerium unterstütze, weil nur auf diesem Wege endlich ein gesetzlicher Zustand, die Grundlage alles Wohlstandes, herbeigeführt und auch diejenigen Einrichtungen getroffen werden können, welche geeignet sind, den Wohlstand des Volkes zu fördern.

Es ist übrigens auch unrichtig, daß durch die Stellung, welche Oesterreich in Zukunft zu Deutschland nach dem von dem Ministerium vorgeschlagenen Wege einnimmt, den Freihandelsbestrebungen ein Uebergewicht in der Volksvertretung eingeräumt werde; denn wenn auch zu den bisherigen Zollvereinsstaaten der mehr freihändlerisch gesinnte Norden hinzutritt, so werden umgekehrt hinfüro auch die materiellen Interessen nicht mehr durch die Regierungen, sondern durch das Volk selbst entschieden. Wenn aber schon in Preußen Männern das Handelsministerium in die Hand gelegt wird, welche als entschiedene Anhänger des Zollschutzes bekannt sind, wie vielmehr wird diese Richtung sich bei der Leitung der Handelsverhältnisse des gesammten Deutschlands als nothwendig erweisen? Dabei lehrt auch ein ganz leichter Ueberschlag der Bevölkerung, daß auch ohne Oesterreichs Ein-



tritt in den Bundesstaat, die Anhänger des Schutzollsystems, wenn sie ihre Sache nicht dem Zufalle überlassen, in der Volksvertretung stets das Uebergewicht haben werden. Es soll nicht geleugnet werden, daß in der Nationalversammlung, wie sie gegenwärtig zusammengesetzt ist, wenn die Oesterreicher ausscheiden sollten, die Freihandelspartei ein Uebergewicht haben könnte; allein dieser besondere und vorübergehende Umstand könnte doch kein Grund seyn, um Schritte zu rechtfertigen, welche die ganze Zukunft Deutschlands bedingen und selbst die gegenwärtige Versammlung wird nicht zu Schritten die Hand bieten, welche auch nur auf kurze Zeit dem Wohlstande des Vaterlandes hinderlich seyn könnten.

### Beschlüsse der Nationalversammlung.

Donnerabend den 16. d. M. wurde über die Vorlage des Reichshandelsministers berathen. Dieser hatte von der Versammlung die Ermächtigung verlangt,

- zur Umwandlung der Handels- und Schiffahrtsverträge der einzelnen deutschen Staaten in Reichsverträge,
- zur Abfassung des Reglements für den Konsulardienst,
- zur Gesetzesvorlage über die Erfordernisse eines deutschen Schiffes,
- zur Gesetzesvorlage zum Behufe der Handels- und Zolleinheit Deutschlands.

worauf die Majorität des Ausschusses folgenden Antrag einbrachte:

- 1) „Die Nationalversammlung ermächtigt die Centralgewalt, die Lösung der zwischen deutschen Einzelstaaten und fremden Nationen bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge, und erforderlichen Falles deren Umwandlung in Reichsverträge zu bewirken, auch neue Verträge dieser Art abzuschließen, alles unter Vorbehalt der Genehmigung der Nationalversammlung.“
- 2) „Die Nationalversammlung beschließt, daß der Ausschuß der Centralgewalt die zur Bearbeitung von Reichsgesetzen über deutsche Schiffahrt, Eisenbahnen und Postwesen in seinen Akten vorhandenen Materialien zu dem Zwecke überweise, die



diese Verhältnisse betreffenden Gesetzentwürfe baldmöglichst der Nationalversammlung zur Beschlußnahme vorzulegen."

- 3) "Die Nationalversammlung beauftragt die provisorische Centralgewalt, mit möglichster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zur Begründung einer Zollvereinheit Deutschlands, soweit solche zum Zwecke der Vorarbeiten erforderlich sind, zu machen."
- 4) "Die Nationalversammlung beauftragt die Centralgewalt ein Zollgesetz und einen Zolltarif zu entwerfen und der Nationalversammlung vorzulegen."
- 5) "Die Nationalversammlung erklärt, daß sie durch die vorstehend erteilten Aufträge in keiner Weise das ihr zustehende Recht der Initiative gefährdet wissen will."

Dagegen hat eine starke Minorität sich über Vorlegung folgenden Gesetzentwurfs vereinigt:

- 1) Die Einzelstaaten des deutschen Reichs werden zu einem Zoll- und Handelsgebiet vereinigt, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze, mit Wegfall aller Binnenzölle.
- 2) Die zur Ausführung erforderlichen Reichszoll- und Schiffahrtsgesetze und Tarife werden der verfassungsgebenden Reichsversammlung zur Genehmigung schnelligst vorgelegt.
- 3) Durch besondere Reichsgesetze sollen die von Reichswegen zu erhebenden Produktions- und Verbrauchssteuern angeordnet werden. Auf gleiche Weise soll bestimmt werden, welche Gegenstände die Einzelstaaten Produktions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden unterwerfen dürfen, und welche Bedingungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen.
- 4) Mit Einführung der §. 2 bezeichneten Gesetze hören alle von einzelnen Staaten bisher erhobenen Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle auf. Gleichzeitig hört das Recht der Einzelstaaten auf, Gesetze über Zoll-, Handels- und Schiffahrtsangelegenheiten zu erlassen.
- 5) Von Verkündung dieses Gesetzes an darf kein deutscher Staat die, zwischen ihm und nicht-deutschen Staaten bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge erneuern oder verlängern, noch dergleichen Verträge abschließen.



6) Die Lösung oder Umwandlung der, zwischen deutschen und fremden Staaten bestehenden Handels- und Schifffahrtsverträge wird hiermit der provisorischen Centralgewalt übertragen. Die Genehmigung diesfalliger Uebereinkünfte bleibt der Reichsversammlung vorbehalten.

Der Antrag der Majorität wurde zum Beschluß erhoben, dagegen über den Antrag der Minorität ging die Versammlung mit 262 gegen 175 Stimmen zur Tagesordnung über.

An die Verhandlung vom letzten Sonnabend über die Vorlage des Handelsministers, die commerciale Einigung Deutschlands betreffend, haben sich Vermuthungen geknüpft, als ob Dückwitz sich zu der Freihandelspartei geschlagen habe. Auch verbreitet man da und dort die seltsame Ansicht, als spreche der von Abgeordneten der norddeutschen Handelsstädte herausgegebene Entwurf eines Zolltarifs die Ansichten des Reichshandelsministeriums aus. Die gänzliche Unrichtigkeit dieser Ansichten können wir aus der besten Quelle versichern; das Reichsministerium steht nach wie vor auf dem Standpunkte praktischer Vermittelung der Extreme, den es festhalten wird. Wir legen großen Werth auf die Verbreitung dieser Berichtigung, weil jene irrigen Ansichten, wie wir hören, große Beunruhigung in Süddeutschland hervorgerufen, deren Anwachsen zu verhindern in der Pflicht eines Jeden liegt, der die Handelsvereinigung Deutschlands als eine unserer größten Aufgaben erkennt.